

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 16.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratentnahme nur gegen Vorausbezahlung. — Werbungen nur: Postfachkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 22. April 1910.

Inserationspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf 3210. — Redaktionsschluss ist Dienstag Mittag.

11. Jahrg.

## Der Kampf hat begonnen!

Vermittlungsversuche der preussischen und bayrischen Regierung zur Beilegung der Differenzen im Baugewerbe sind gescheitert. Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe lehnte jedes Entgegenkommen ab. Nicht einmal dem Vorschlag: unter dem Vorstuh von Unparteiischen weiter zu verhandeln, gaben die Herren die Zustimmung; sie wollten den Kampf. Am 6. April ist bereits die Aussperrung erfolgt. Welchen Umfang die Aussperrung angenommen hat, läßt sich auch heute noch nicht feststellen. Soweit Meldungen vorliegen, kann von einer allgemeinen Aussperrung nicht die Rede sein. In Düsseldorf und Köln befindet sich nicht einmal die Hälfte der beschäftigten Arbeiter außer Stellung. Gleiche Resultate der Aussperrung werden von Süddeutschland gemeldet. Vollständig soll nur die Bauarbeiterschaft an der Wasserkante ausgesperrt sein. Daß die kommenden Tage größere Massen von Ausgesperrten bringen werden, ist zu bezweifeln. Das Wetter ist zu schön und die Bauunternehmer verdienen auch gern. Wer möchte wohl die vielen Unternehmer zählen, die nur widerwillig sich dem Aussperrungsbeschluss fügten? Was hatten sie auch nur für einen Anlaß zur Aussperrung? Haben die Arbeiter unerfüllbare Forderungen gestellt? Nichts von alledem. Die Bauarbeiter haben keine Forderungen gestellt; wohl aber der Arbeitgeberbund, der der Arbeiterschaft bedeutende Verschlechterungen des letzten Vertragsmusters zumutete. Dazu lag für den Arbeitgeberbund, wenn er nicht einen Kampf wollte, absolut kein Anlaß vor. In einer Erhebung, die der Arbeitgeberbund im vorigen Jahre bei seinen Mitgliedern vorgenommen hat, ist festgestellt, daß die weitestgehende Anzahl der Arbeitgeber mit dem bisherigen Vertragsmuster zufrieden war. Nur 14 Unternehmer wählten schlechte Erfahrungen mit dem Tarif gemacht haben, weil er sie hinderte, während der schlechten Konjunktur Lohnreduzierungen vorzunehmen. Das alte Vertragsmuster, das sich zwei Jahre gut bewährt hatte, wurde aber vom Arbeitgeberbund nicht mehr als eine taugliche Grundlage zur Verhandlung angesehen, weil er sonst keinen Anlaß zur Aussperrung gehabt hätte. Er wollte eben den Kampf.

Die Frankfurter Zeitung kennzeichnet das Vorgehen des Arbeitgeberbundes sehr gut, wenn sie schreibt:

„Es muß aber von allem Anfang an beachtet werden, daß es ein Kampf sein wird, den der Arbeitgeberbund gewollt hat, den er provoziert hat, um den Gewerkschaften einen empfindlichen, wenn möglich einen vernichtenden Schlag zu versetzen. Das ist der entscheidende Gesichtspunkt für die Beurteilung der ganzen Sache, es ist der Gesichtspunkt, unter dem sich die öffentliche Meinung, wenn sie gerecht sein will, stellen muß. Schon im November mußte bei denen, die die Sache verfolgten, die Ansicht entstehen, daß der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe beabsichtigt, eine Machtprobe mit der Gewerkschaft zu veranstalten.“

Unter diesen Gesichtspunkten betrachtet, ist der Kampf noch von größerer Bedeutung. Würde der Plan des Arbeitgeberbundes gelingen, denn wird, davon können wir überzeugt sein, ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft auf Jahre hinaus in ihrem wirtschaftlichen Aufstieg gehindert sein. Bereits soll der Zentralverband deutscher Industrieller den Bauunternehmern fünf Millionen Mark zur Führung des Kampfes bewilligt haben. Wenn diese Summe schließlich auch kaum ausreicht, um die kleinen Bauunternehmer über Wasser zu halten, die durch die Gewaltpolitik des Arbeitgeberbundes ruiniert werden, so zeigt sie uns doch, welchen Wert die Schwarzmacher der Bekämpfung der Bauarbeiterorganisationen beimessen. Die deutsche Bauarbeiterschaft, die schon manchen Schlag, der gegen sie geführt wurde, pariert hat, wird aber in den nächsten Wochen zeigen, daß sie auch bei diesem Kampfe auf dem Posten ist.

Daß der Kampf im Baugewerbe auch auf andere Berufe einwirkt, ist zu verstehen. Aus den verschiedenen Orten wird gemeldet, daß auch Mitglieder des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter zur Entlassung gekommen sind. Ist die Zahl der entlassenen Holzarbeiter in den einzelnen Städten auch nur gering, so sind doch bereits insgesamt ca. 100 Ausgesperrte resp. Arbeitslose gemeldet.

tage zu einer Besprechung des neuen Entwurfs einer Reichsversicherungsordnung zusammen. Die Veranstaltung dieser Konferenz erfolgte auf Grund einer im Juli 1909 für den Fall der Veröffentlichung des endgültigen Gesetzentwurfs getroffenen Verabredung der beteiligten Verbände. Vertreten waren: Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands (275 000 Mitglieder), der Verband der Deutschen Gewerksvereine S. O. (105 000 Mitglieder), der Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine (106 000 Mitglieder), die Verbände katholischer Arbeitervereine Westdeutschlands, Ostdeutschlands und Süddeutschlands (231 000 Mitglieder), der Verband der katholischen Arbeitervereine, Sitz Berlin (130 000 Mitglieder), der Verband katholischer Vereine erwerbstätiger Frauen und Mädchen Deutschlands (27 000 Mitglieder), der Verband deutscher Eisenbahnhandwerker und Arbeiter, Sitz Berlin (65 000 Mitglieder).

In den Verhandlungen, die der Vorsitzende der „Gesellschaft für Soziale Reform“, Staatsminister Dr. Freiherr von Berlepsch, leitete, nahmen etwa 30 Organisationsvertreter, darunter 7 Mitglieder des Reichstages, teil. Beratend beteiligten sich außerdem an den Besprechungen die Vorsitzenden der Landesversicherungsanstalten Oldenburg und Berlin, Geh. Reg.-Rat Düttmann und Dr. Freund, sowie der Generalsekretär der Gesellschaft für Soziale Reform, Professor Dr. Franke. Geheimrat Düttmann eröffnete die Besprechung der einzelnen Hauptgebiete der Reichsversicherungsordnung jedesmal durch einen einleitenden Vortrag. In der Beschlussfassung nahmen nur die Vertreter und Vertreterinnen der Organisationen teil. Die Ergebnisse ihrer Beratungen fasste die Konferenz in folgender Entschliessung zusammen, die dem Reichstag als gemeinsame Willenskundgebung der genannten Verbände zugehen wird:

„Die am 12. April 1910 versammelten Vertreter der der Gesellschaft für Soziale Reform angeschlossenen Arbeiterorganisationen erkennen an, daß in dem von der Reichsregierung vorgelegten Entwurf einer Reichsversicherungsordnung ein geeigneter Versuch zu sehen ist, den bestehenden Mängeln der Arbeiterversicherungsgeetze abzuhelfen. Um diesen Versuch zu einem die Interessen der versicherten Arbeiter währenden Erfolg zu führen, halten sie vor allem folgendes für erforderlich:

I. Organisation und Verfahren: 1. Der neue Aufbau der Versicherungsbehörden und die diesen zugewiesenen Aufgaben, die an sich eine Verbesserung bedeuten, erfordern Änderungen in dem Sinne, daß der Rentenbereiber jederzeit Gelegenheit hat, von dem Gange des Vorbereitungsverfahrens Kenntnis zu nehmen und die zur Begründung seiner Ansprüche geeigneten Anträge rechtzeitig zu stellen, sowie daß Vertretern der Versicherten ein hinreichender und gesicherter Einfluß auf die erste Rentensfestsetzung eingeräumt wird. Zwei mit Vertretern der Versicherten besetzte Instanzen auch über die Zulage müssen erhalten bleiben.

2. Unerwünscht ist jede Zersplitterung, wie sie herbeigeführt wird durch die Errichtung von Sonderversicherungsämtern und besonderen Oberversicherungsämtern und die Erweiterung der Zuständigkeit der Landesversicherungsämter, deren Bestehen die Gleichmäßigkeit auf dem Gebiete der Rechtspflege und Verwaltung in hohem Maße gefährdet.

3. Das aktive und passive Wahlrecht der Frauen soll in dem Umfange eingeführt werden, daß den Frauen eine Mitwirkung in allen Verwaltungsangelegenheiten gewahrt wird. Die weitergehenden Forderungen einzelner Vereinigungen werden dadurch nicht berührt. Die Wahlrechtswahl ist überall in der Arbeiterversicherung durchzuführen.

4. Die Versichertenvertreter sind wirksamer, als im Entwurf vorgesehen, dagegen zu schützen, daß ihnen aus der Wahrnehmung ihrer Obliegenheiten Nachteile in ihrem Arbeitsverhältnis erwachsen.

5. Es liegt nicht der geringste Grund vor, die Kosten der Versicherungsbehörden, abgesehen von den besonderen Kosten des Verfahrens, den Staaten und Gemeinden, die sie bisher in der Hauptsache zu tragen hatten, abzunehmen und den Versicherungsträgern aufzubürden.

6. Für den unmittelbaren zeitlichen Abschluß der Leistungen der Rentenversicherung an die der Krankenversicherung ist in zweckentsprechender Weise Sorge zu tragen.

II. Krankenversicherung: 1. Die Notwendigkeit einer weitgehenden Zusammenlegung der Krankenkassen läßt es wünschenswert erscheinen, daß besondere Ortskrankenkassen für Teile des Bezirks eines Versicherungsamts nur unter weiteren Beschränkungen, dagegen Betriebs- und Innungskrankenkassen überhaupt nicht zugelassen werden. Wenn letzteres nicht zu erreichen ist, so liegt jedenfalls kein Anlaß vor, bei der Zulassung der Betriebskrankenkassen von der Forderung eines Bestandes von wenigstens 250 Mitgliedern abzusehen.

2. Bestehende freie Hilfskassen sind unter denselben Voraussetzungen als Ersatzkassen weiter zuzulassen, unter denen Betriebskrankenkassen bestehen bleiben.

3. Landkrankenkassen dürfen nur errichtet werden in den Gegenden, in denen die Verhältnisse dies für jetzt notwendig erscheinen lassen, und in der Regel nur für diejenigen Personen, die in der Land- und Forstwirtschaft tätig sind. Es sollte den Landkrankenkassen das Selbstverwaltungsrecht in einem weiteren Umfange gewährt werden.

4. Der Versicherungszwang muß für die Gebiete der Kranken- und Invalidenversicherung bis zu einem Jahresarbeitsverdienst von 3000 Mk. ausgedehnt werden.

5. Die im Entwurf vorgesehene Häufung der Beiträge und des Sämmrechts ist für die Arbeiter nicht annehmbar.

6. Der wirkliche Arbeitsverdienst muß der Bestimmung der Beitragshöhe in der Krankenversicherung und in der Folge der Beitragshöhe in der Invalidenversicherung in weiterem Umfange zugrunde gelegt werden.

7. Die Regelleistungen der Krankenversicherungen bedürfen einer Erweiterung nach folgenden Richtungen: Zahlung von Krankengeld an Sonn- und Feiertagen, Anspruch der Erkrankten auf Krankenhauspfllege in den Fällen des § 199 Ziffer 1 und 2, in denen die erforderliche Pflege in der Familie nicht gewährt werden kann oder die Krankheit ansteckend ist, Gewährung von Schwangerschaftsunterstützung und, wenn irgend ausführbar, auch Gewährung freier Krankenpflege an die Angehörigen.

8. Jede Regelung der Beziehungen zwischen Krankenkassen und Ärzten, durch die den Kassen die freie Arztwahl aufgezwungen wird, muß abgelehnt werden.

III. Unfallversicherung. 1. Die Unfallversicherung hat auch für die Schäden einzutreten, die entstehen auf dem Wege nach und von der Arbeitsstätte sowie durch Gewerbefrankheiten, d. h. Krankheiten, die unmittelbar durch Ausübung der Berufsarbeit hervorgerufen sind.

2. Der Rentenberechnung ist der Jahresarbeitsverdienst bis zur Höhe von 2000 Mk. voll zugrunde zu legen.

3. Der Rente muß erhalten bleiben für Fragen von grundlegender Bedeutung, z. B. die Frage, ob ein Betriebsunfall vorliegt, ob der Betrieb versicherungspflichtig ist, u. dergl.

IV. Invalidenversicherung. 1. Die von der Krankenversicherung und Invalidenversicherung erfassten Kreise müssen sich nach Möglichkeit decken, und es müssen deshalb insbesondere auch die Hausgewerbetreibenden der Invalidenversicherung unterstellt werden. Die Versicherungspflicht muß hier wie bei der Krankenversicherung bis zu einem Jahresarbeitsverdienste von 3000 Mk. ausgedehnt werden.

2. Beitragsleistung und Rentenbemessung bedürfen einer Umgestaltung mit dem Ziele, daß

a) der Versicherungswert der geleisteten Beiträge in weiterem Umfange bei der Rentenbemessung berücksichtigt wird,

b) bereits in jüngeren Lebensjahren eine den Bedürfnissen einigermaßen entsprechende Rente gewährt werden kann, unter Ermäßigung der Rentenhöhe nach langer Beitragsleistung,

c) der invalide Familienvater, der für versorgungsbedürftige Kinder auskommen muß, Zuschläge zur Rente erhält,

d) gutgläubig geleistete Beiträge nach Ablauf einer angemessenen Frist als rechtskräftig behandelt werden,

e) die Härten in bezug auf das Erlöschen und Wiederaufleben der Anwartschaft nicht, wie es im Entwurfe geschehen ist, noch vermehrt, sondern vermindert werden,

f) die Einrichtung höherer Lohnklassen ermöglicht wird,

g) die im Entwurfe vorgesehene verschiedenartige Bewertung der Pflichtbeiträge und der freiwilligen Beiträge wegfällt.

3. Nicht diesen wichtigsten Zielen ist nach Möglichkeit auch dem weiterverbreiteten Wunsche einer früheren Gewährung der Altersrente Rechnung zu tragen.

V. Hinterbliebenenversicherung: 1. Unter Billigung der im Entwurfe angenommenen Grundlagen muß höhere Bemessung der Witwenrenten, insbesondere aber der Waisenrenten, und Rentengewährung an die Witwe bereits bei Verminderung der Erwerbsfähigkeit um die Hälfte gefordert werden.

2. Die durch die Erweiterung der Leistungen sich ergebenden Mehrkosten sind zu decken durch Zuschüsse der Gemeinden und, soweit noch erforderlich, durch Erhöhung der Beiträge.

3. Es muß erwartet werden, daß den Hinterbliebenen der Versicherten, die in der Zeit vom 1. Januar 1910 bis zum Inkrafttreten des Gesetzentwurfs verstorben sein werden, eine Versorgung zuteil wird, soweit in den angesammelten Vollaufschüssen Deckung hierfür vorhanden ist.

Die vorstehenden Beschlüsse bringen übereinstimmende Anschauungen der versammelten Vertreter der Arbeiterorganisationen zum Ausdruck. Sie haben nicht die Bedeutung, daß weitergehende Forderungen einzelner Organisationen oder Verbände durch sie beseitigt werden sollen.“

Die „freien“ Gewerkschaften werden demnach auf einem außerordentlichen Kongress zur Reichsversicherungsordnungsvorlage Stellung nehmen. Eine Teilnahme an diesem Kongress ist sowohl seitens der Zentralleitung der christlichen wie auch der Kirch-Dummerschen Gewerkschaften, in Anbetracht der am 12. April stattgefundenen Konferenz, abgelehnt worden.

## Organisation der Agitation.

Ein Vorschlag für die allgemeine gewerkschaftliche Agitation.

In weiten Kreisen unserer Gewerkschaftler dürfte schon seit längerer Zeit die Auffassung herrschen, daß wir im Punkte Agitation nicht auf der vollen Höhe stehen. Um über diese Frage einmal Klarheit zu schaffen und nach neuen Hilfsmitteln zu fahnden, wird es nötig sein, vorher einmal kurz die vorhandenen Mittel zu betrachten.

1. Wir haben unsere Zentralverbände, mit einer Reihe von angestellten Beamten, von Zahlstellenvorsitzenden und Vertrauensleuten. Die Tätigkeit dieser Personen ist in der Hauptsache auf die Stärkung des eigenen Verbandes, der eigenen Ortsgruppe gerichtet. Da da noch viel Zeit übrig bleibt, um für die allgemeine Bewegung etwas zu tun, läßt sich nicht immer besparen

## Eine Rundgebung

### zur Reichsversicherungsordnung.

Am 12. April traten die der „Gesellschaft für Soziale Reform“ angeschlossenen zentralen Arbeiter-Organisationen im Reichs-

2. Ueber den Zentralverbänden steht als leitende Stelle der Ausschuss mit dem Vorstand des Gesamtverbandes, der schon durch seine Zusammenfassung für die allgemeine Sache zu arbeiten hat. Dieses geschieht denn auch durch die sich wiederholenden Kongresse und Sitzungen, die ohne Zweifel einen agitatorischen Wert haben.

3. Als ständige Einrichtung folgt dann, soweit eine Zusammenfassung der verschiedensten Verbände in Frage kommt, das Bezirks- oder das Ortskartell, allerdings erst in sehr weitem Abstände.

Dem Kartell obliegt ja wohl in allererster Linie die Agitation für die allgemeine Sache, Unterstützung der bestehenden Ortsgruppen, Mitwirkung bei Gründung von neuen Ortsgruppen, allgemeine Versammlungen sind von ihm einzuberufen und ähnliche Dinge zu tun.

Die Wirksamkeit der Ortskartelle und ihre Bedeutung kann gar nicht bestritten werden. Allein es sind doch auch hier gar manche Lücken, die wir mit den bestehenden Mitteln nicht ausfüllen können.

Man denke daran, daß sich sehr häufig diese oder jene Ortsgruppe dem Kartell nicht anschließt aus Gründen, nach denen wir hier nicht zu suchen brauchen, weil sie uns hier nicht interessieren.

Die Ursache besteht. Dadurch aber wird schon die Arbeitsfähigkeit des Kartells gehemmt, je nachdem aber auch nahezu aufgehoben. Noch etwas Weiteres. Für manche Bezirke ist die Bildung von Kartellen mit Schwierigkeiten verbunden, weil die Bewegung nicht stark genug, weil vielleicht die Verkehrsverbindung nicht die beste ist. So kommt es denn, daß gar mancher Bezirk ohne allgemeine agitatorische Verbindung ist. Auch manche Ortsgruppe schwimmt sehr oft ganz allein draußen im Bezirke, weil sie keine Verbindung hat mit einem Kartell, ganz allein auf sich angewiesen ist und nur selten durch den Verbandsbeamten in Verbindung mit der übrigen gewerkschaftlichen Welt tritt.

Wenn diese Fälle auch nicht die Regel bilden, so ist es doch von großer Wichtigkeit, daß eine möglichst enge Verbindung aller bestehenden Kräfte herbeigeführt wird.

Man hat in letzter Zeit sehr oft das Gefühl gehabt, als wenn die Stimmung für unsere Gewerkschaften etwas eingeschlagen wäre und zwar in jenen Kreisen, die grundsätzlich zu uns gehören, in den Kreisen jener christlichen Arbeiter, die sich aus diesem oder jenem Grunde noch nicht der Gewerkschaft angeschlossen haben, die aber noch zu gewinnen sind.

Wir sind an diese Kreise nicht genügend herangekommen. Und ein Hauptgrund liegt eben in der mangelnden agitatorischen Organisation.

Diese Tatsache läßt sich am besten durch ein Beispiel erläutern.

In einem Bezirke, in der noch lauzende christliche Arbeiter gewerkschaftlich nicht organisiert sind, hat das Kartell schon Arbeit genug geleistet, wenn der Bestand der Gewerkschaften erhalten bleibt. Das kommt daher, daß alle Personen, bereits mit einem mehr oder weniger wichtigen Amte versehen sind, mitunter auch mit mehreren Posten, sodas von ihnen billigerweise nicht mehr verlangt werden kann.

Am Sitz des Kartells ist übrigens auch nicht sehr viel zu woken. Deso mehr ließe sich aber wohl im Hinterland herausholen, zumal ein erheblicher Teil der Arbeiter in den Vororten und außerhalb wohnt. Hier ist herzlich wenig geschhehen. Es kommt dann auch hin und wieder vor, daß eine Ortsgruppe eines Tages gegründet wird und das Kartell erfährt erst 14 Tage oder drei Wochen später davon.

Eine Ursache ist bereits genannt worden. Die Ueberlastung der tätigen Gewerkschaftler. Da drängt sich denn gewiß die Frage auf, wo bleiben denn die kon-

professionellen Arbeitervereine. Leider ist da nicht viel zu woken, denn ein erheblicher Teil der Mitglieder der Arbeitervereine ist gar nicht organisationsfähig.

Allerdings würde die Stimmung unter jenen Arbeitern, die auch keinem Arbeiterverein angehören, doch schon eine weit bessere sein, wenn die Arbeitervereine mehr für die Gewerkschaftsfrage getan hätten.

Wenn daher die Unterstützung der Gewerkschaften durch die Arbeitervereine sehr willkommen sein muß, so bleibt doch noch eine große Masse gänzlich indifferenter Arbeiter übrig, die auch von den Arbeitervereinen nicht erreicht werden. Diese aber müssen wir ganz besonders haben. Aber wie?

Das Kartell hat zunächst die Aufgabe, an diese Arbeiter heranzukommen. Die Macht des Kartells wird aber sehr oft dazu nicht ausreichen. Ein sehr großer Mangel besteht aber darin, daß manches Kartell nicht genügend orientiert ist. Es fehlt oft auch der Weithlick für eine großzügige Agitation, weil die sich wiederholende Lätigkeit für einen begrenzten Bezirk leicht zum Säemaarbeiten führt, wodurch die Arbeit erschlafft.

Weil hier etwas fehlt, hat man in letzter Zeit verschiedentlich Konferenzen abgehalten, um die Ursachen zu ergründen, weshalb unsere Weiterentwicklung nicht besser ist, und neue Wege für die Agitation zu finden.

Solche Konferenzen haben jedenfalls das eine Gute, daß sie die Teilnehmer über die allgemeine Lage gründlicher unterrichten, als das sonst möglich wäre. Eine bessere Verbindung des einen Bezirkes mit dem anderen wird auf diesen Konferenzen am ehesten anzubahnen sein. Allein diese Konferenzen haben das eine Mangelhafte an sich, daß sie nicht regelmäßig und für bestimmte Bezirke stattfinden.

Meiner Ansicht nach ist daher eine feste agitatorische Organisation zu schaffen auf der Grundlage solcher Konferenzen. In regelmäßigen Zwischenräumen, etwa alle Vierteljahre, hätten regelmäßige Sitzungen stattzufinden, auf denen über den Stand der Bewegung, was geschhehen ist, über Erfolge oder Fehlschläge berichtet werden könnte. Eine viel bessere Fühlung der verschiedenen Funktionäre würde dadurch erreicht werden. Vor allem würden sich auch Mittel finden lassen, durch die mehr für agitatorische Grenzgebiete geschhehen könnte. Hier könnten die Leiter der Ortskartelle und sonstige Führer sich manche Anregung holen. Manchen Wunsch nach besserem Zusammenarbeiten und Unterstützung dürfte hier erledigt werden.

Als Teilnehmer dieser regelmäßigen Konferenzen habe ich zunächst die Angehörigen der christlichen Arbeiterbewegung im Auge, sowohl Arbeiter wie Gewerkschaftsbeamte. Außerdem wären die Vorstandsmitglieder der Ortskartelle, event. nur der Vorsitzende teilnahmeberechtigt.

Daß solche Konferenzen nuzbringend werden, liegt im Grunde an dem Leiter, der für diese Konferenz gewählt wird. Erfolgreich wird die Sache nur dann sein, wenn systematisch vorgegangen wird mit gründlichen Berichten der Teilnehmer, Anwesenheitsliste usw.

Der Bereich solcher Konferenzen ist ähnlich, wie bei den Kartellen, für einen bestimmten größeren Interessentenkreis abzugrenzen.

Nach meiner Ansicht lassen sich auf solchen Konferenzen sehr wohl Fragen besprechen, die allgemein für einen größeren Bezirk interessieren müssen, während sie für ein Kartell weniger in Betracht kommen. Es kann z. B. über Widerstände auf agitatorischem Gebiete gesprochen werden, die von mehreren Kartellen gemeinsam empfunden, aber vom einzelnen Kartell allein nicht beseitigt werden können. Eine Verbindung zwischen den einzelnen Orts- oder Bezirkskar-

tellen fehlt ja heute noch vollständig. Sie wird vielleicht durch diese Konferenz geschaffen, die auch im Interesse der Zentralverbände liegt.

Die Kräfte eines einzelnen Verbandes lassen sich nicht immer gleichmäßig verteilen. Es kommt schon vor, daß ein Verband in einer Gegend sehr gute Ansichten hat, dem aber im Augenblick nicht die agitatorischen Kräfte zur Verfügung stehen. Auf solchen Konferenzen ließe sich da vielleicht Rat und Hilfe schaffen. Auch über manche andere Frage, soweit die Agitation in Betracht kommt, ließe sich hier eine Einigung schaffen, um die noch brach liegenden Gebiete zu bearbeiten.

Die Termine der einzelnen Konferenzen wären den Verbandsleitungen mitzuteilen, sodas Vertreter der einzelnen Zentralleitungen an der Konferenz teilnehmen können, um besondere Wünsche einzelner Verbände zu besprechen. Für das Zusammenarbeiten aller Gewerkschaften wäre das jedenfalls sehr erfreulich.

Auf jeden Fall würden diese Konferenzen sehr anregend und ansehnend für die agitatorische Tätigkeit sein. Mancher Gedanke könnte in die Ortskartelle hineingetragen werden, die sonst in manchen Fällen der Gefahr ausgesetzt sind, daß sie verknäueln. Alle schon des letzten Gedankens wegen wäre es angebracht, solche Konferenzen regelmäßig abzuhalten.

Man wird mit dem Einwurf kommen, die Beamten könnten sich nicht zur Teilnahme an derartigen Konferenzen verpflichten, da sie die für ihren Verband angeordneten Versammlungen usw. zu besuchen haben. Das mit einer möglichst allseitigen Teilnahme sicher gestellt wird, ist allerdings nötig, die Konferenztage im Voraus festzulegen und einen Vorstand zu wählen, dem einerseits die Teilnehmer den Termin der Festlegung für Versammlungen berücksichtigen können, andererseits in der Leitung der Konferenzen keine Unterbrechungen eintritt.

Die Kostenfrage! Vorderhand könnten die Kosten von den einzelnen Verbänden für ihre Mitglieder übernommen werden. Später wird sich schon eine Lösung finden lassen. Jedenfalls darf die Frage, falls man sie der Durchführung wert erachtet, nicht an Kostenpunkte scheitern.

Wenn sich die älteren Kollegen der Zeit um die Jahrhundertwende erinnern, dann wird man das Gefühl nicht los, als wenn damals mehr Feuer, mehr Opferstimm, mehr Eifer und Regsamkeit im Allgemeinen geherrscht hätte. Man hat mir das mehrfach bestätigt. Woran das liegt, soll hier nicht untersucht werden. Ließe sich einmal mit dem Jügendfeuer einer guten Sache erklären, weiter, daß der Aufgabenkreis sich bedeutend vergrößert hat und daß die Verbindung zwischen den verschiedenen Stellen in Folge der verhältnismäßig schnellen Entwicklung der Bewegung etwas verloren gegangen ist. Der letztere Mangel wird ohne Zweifel durch die vorgeschlagene Konferenz zum Teil beseitigt. Eine gründliche Aussprache über den Vorschlag könnte vielleicht etwas Praktisches zutage fördern.

Ein Arbeitersekretär.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 16. Wochenbeitrag für die Zeit vom 17. bis 28. April fällig ist.

## Wie der Hinterwinkler Nazi und sein Meister über die Aussperrung denken.

Der Meister über Seppacher beschäftigt schon seit Jahren zwei tüchtige Gesellen. Der eine von ihnen, Jozef Hinterwinkler, ist ein Schallkammerad von ihm. Allezeit sind Meister und Gesellen gut miteinander ausgekommen. Seppacher selbst hat das Handwerk vom Grund auf erlernt, arbeitete dabei einige Jahre in der Fremde und hat auch ohne längeres Jögern die Lärtsverträge anerkannt. Da naht der 15. April 1910. Er soll seine Lense, außer den zwei Gesellen noch 4 Hülfsarbeiter, entlassen. Das will ihm gar nicht einleuchten.

Er fragt nun, wie er trotzdem seine Lense, ohne daß sie ihm später wideren werden, „ausperrern“ kann.

Es ist ungefähr 7 Uhr am 15. April. „Morgen Seppacher“, grüßt der Hinterwinkler Jozef. „Morgen Nazi“, antwortet der Seppacher, „ja, — — —, was i Dir sagen wollt, — — — ich muas Di heimat ausperr'n.“

„Ja, so klag' einer lang hin, i hab nit glaubt, daß's Dein Ernst is mit der Aussperrerei!“

„Ja, ja, Frazz, halt kein, denn sechst, wenn ma jetzt nit a mal Ernst mache, so verlanget Jhr nacha, daß Jhr alle die Lärtsverträge, daß mir die Arbeiter vom Ganzen Bekandnis aus Berlin beziehe, kerpun, daß Jhr's Begehren halt, us mir koma nachher zur jast.“

„Na, Na, wie kummt's is denn ja so an Schmarren?“

„Na ja, der Herr Hitler aus Berlin, so auf unser Konferenz geruch hat, hat mir's im Bekanden gelang, als i wos widerprocha hab, daß mir alle den Arbeiter nachher zugere und also über die Ausschickung zu sage habe jollt.“

Der Nazi ist „organisiert“, er hat sein Bekandnisorgan „Die Bewegung“ gegründet, is dabei ein tüchtiger Arbeiter und hat Jhr und Nach auf dem rechten Stand

„Wenn der Berliner Nazi Dir so ebbas hat aufbunden, so hat er Di schon mach'n woll'n, Seppacher, dös woast fu gar, wo a ? a. Du woast fu gut, wie'n i, daß's ins nur ma dös Lärtsverträge ja tu is, so mir allerdings drauf behohn miass'n. Weil ma nun woast, daß der Seppacher ein Feind von dös Lärtsverträge is, do kummt er eahm mit Lug'n. Kom dem Nazi hoch's so derpas, daß 'r scho seit sechs Jahr' in loa Mandl beschäp't und loa Stoa hat vermaire jast. J' wirts hat fu en Schatzmacha ja nit'n. — — — Dös sag i Dir aba, wenn D' ebbas moanst, i kum nacha wieder zu Di, da irrst Di gewaltig.“

„Na, ja, aber Ordnung muas sein, i muas zu mein Zeit von Arbeitgeberverband halten.“

„Soll is scho recht, wenn die Sach nur von dena ausgehen is, aba gefehlt, die eigentlichen Kreiber fan bei'n Jndustrie-Großkapital, die denen von euren Arbeitgeberverband schon 5 Millionen zugestagt haben. Die machen's wie dös Engländer, die auch andere in Strit jagen, um nacha den lachenden Drak'n ehuzeh'n. Was liegt denn an Lärtsverträgen und Frieden? Mit'n Arbeitsnachweis und schwarze Listen haben's is schon vorg'macht. Die fürchten, wenn dös Lärtsverträge noch weita ausbau wer'n, nacha miass'n is a dena glucken. Und des is kein Preis in da Welt. Die woch'n nur recht verheh'n und die ganz Sozialpolitik in's Pfefferkorn jast'n. Des sag i aber, unser Recht lass'n wir uns nit nehme. Mir woll'n nit verhand'n, wenn's um unser Arbeit geht, mir lass'n uns nit so wia's Bied behand'n, daß d's Jhr weißt, Seppacher. Jast'n Jdeen, die kumt Jhr nit ausstreih'n, auch nit a „Aussperrung“ net.“

„Mannschier Seppacher halte schweigen die Rede seines Schallkammeraden und jastigen Gesellen jastet. Er konnte ihm nit antwort geben, denn er wachte auch ja gut, daß der kleine Handwerker noch immer am besten gefahren is, wenn er den Gedanken des Großkapitals widersteht. Die politischen Lehungen des Großkapitals hat unheimlich, und jast

verfehlten Maßnahmen entstand die Sozialdemokratie. Das Großkapital ist machtklüster, destruktiv und international, hat noch stes kein gut getan, wenn die kleinen Unternehm wenn der Staat den Wünschen des Großkapitals nach der Seite der Arbeiternebelung Folge gegeben haben. Es Aufgabe des Staates und der mit dem Großkapital in Verbindung Stehenden, zu verhüten, daß mit der Uebermacht des Kapitals Mißbrauch getrieben wird. Als einen Mißbrauch seiner Macht war das jehige Vorgehen des Arbeitgeberverbandes anzusehen.

Andreas Seppacher ist allezeit ein ruhiger und gerechender Mann gewesen. Er hatte das Verlangen des Arbeitgeberverbandes, soweit es sich um die Ausschaltung der Arbeiter handelte, nicht gutgehehen. Sollte er jetzt von seinem Standpunkte abweichen, um die Schatzmachersgelüste einiger Leute „ohne Hammer und Kelle“ zu befriedigen? Nein, das wollte er nicht. Er besürchtete auch, daß die Aussperrung nicht von Vorteil für ihn selbst sein werde. Schließlich werden die Organisationen wieder hochkommen. Dann wird man nächst den Kleinkrieg gegen die kleineren Arbeitgeber Führer Sperre und andere Mittel wird man anwenden und das Großkapital wird der lachende Dritte sein.

Der Seppacher hätte es wohl aushalten können, er hat ein nettes Vermögen. Darum konnte es sich hier nicht drehen. Aber es ging wider sein Rechtsempfinden. Diese Aussperrung. Er war langsam ins Haus getreten, während ihn diese Gedanken bewegten.

Vor dem Hause hatten sich inzwischen sämtliche Arbeiter eingefunden und besprochen die Lage der Dinge. Da trat Meister Seppacher hinzu und sagt: „Wir arbeiten!“

Seine Ohren sollen noch was von „Budel obi rutsch“ gehört haben.

Das Mitgliederbuch 38060, auf den Namen Hermann ...

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der ...

Erfolg in Dettingen. In Dettingen am Main haben ...

Der Waggonfabrik zu Herbingen ist seitens der ...

Die Lohnbewegung der Holzarbeiter in St. Gallen ...

Die Lohnbewegung bei der Firma Hymanu, Möbel ...

Der Tarifabschluss der Tapezierer in Wilhelmshafen. ...

den Stand der Organisation sowie auch über die Lage des ...

In richtiger Erkenntnis der Verhältnisse der Modell ...

So hat diese erste Konferenz der Modell ...

Nach 1/2-jähriger Agitationstätigkeit soll dann eine ...

Bezirkstage in Baden und Württemberg.

An den drei letzten Sonntagen und am Ostermon ...

Ein wenig erfreuliches Kapitel ist der „sonstige ...

gang und umgekehrt. Den Zahlstellen erwächst dar ...

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die reisenden ...

In ausführlicher Weise wurden dann noch die ...

Kein besonders günstiges Bild ergeben im Bezirk ...

In einem weiteren Referate über „die gegenwärtige ...

Eine anregende Aussprache schloß sich jeweils dem ...

Nach dem Geiste, der auf allen Bezirkstagen herrsch ...

Aus den Verbandsbezirken.

Konferenz der Modell ...

Um eine engere Fühlung und eine möglichst planmäßige ...

Nach einem einleitenden Vortrage des Kollegen ...

Berichte aus den Zahlstellen.

Stuttgart. Das hiesige Kartell hat im letzten Jahre wiederholt allgemeine Gewerkschaftsversammlungen für die Mitglieder aller dem Kartell angehöriger Zahlstellen abgehalten, die zwar nicht schlecht besucht waren; doch hätten sie, wenn jedes einzelne Mitglied die Wichtigkeit solcher Versammlungen richtig eingeschätzt hätte, noch viel besser besucht werden können. Die allgemeinen Kartellversammlungen sind so wichtig, daß kein christlich organisierter Arbeiter ohne ganz zwingende Gründe dieselben versäumen sollte. Aktuelle Fragen werden dort behandelt, die Mitglieder erhalten die notwendige Aufklärung, gemeinsamen Aktionen soll der nötige Nachdruck durch eine gut besuchte allgemeine Versammlung verliehen werden. Auch die Presse und die breite Öffentlichkeit sollen durch die Versammlungen erfahren, daß die christlichen Gewerkschaften vorhanden sind, anerkannt und berücksichtigt werden müssen. Neue Anhänger und Freunde will man aus Anlaß einer solchen Versammlung einführen, für die Sache begeistern und gewinnen; Gaste und Gönner kommen, um zu sehen, wie es mit der christlichen Gewerkschaften steht. Da sollte es doch für jeden Gewerkschaftler eine ernste und wichtige Sache sein, die Versammlungen zu besuchen und durch seine Anwesenheit zum Gelingen derselben und zur Förderung seiner eigenen Gewerkschaftsfrage beizutragen. Wer sich mit diesem Gedanken abgibt, der verläßt ohne ganz zwingende Gründe keine Versammlung und ganz besonders keine öffentliche Kartellversammlung. Am 29. April d. J., abends 8 1/2 Uhr, hält unser Kartell wieder eine allgemeine Gewerkschaftsversammlung ab mit der überaus wichtigen Tagesordnung: "Arbeitgeber und christl. Gewerkschaften". Die Versammlung findet im großen Saal des Rathhauses zum Herzog Christoph, Christophstraße 11, Eingang Christophstraße 11, statt. Jeder, der will, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung auch in hiesiger Stadt den Arbeitgebern gegenüber immer mehr zur Geltung kommt und der nach einem freien und geregelten Arbeitsverhältnis strebt, komme in die Versammlung und bringe noch Freunde und Kollegen mit. Sorgt für vollständigen Besuch!

Sippstadt. Lang ist es zwar schon her, daß wir im Organ von uns haben etwas hören lassen, aber dennoch sind wir nicht zurück geblieben. Der den krassen Indifferentismus vieler Sippstädter Kollegen kennt, wird das zu würdigen wissen. Es ist wohl noch kein Mittel unversucht geblieben, um die noch Fernstehenden zu gewinnen. Und sehr oft ohne Erfolg. Wenn man sieht, wie die Kollegen "Ist Euch" spielen beim Meister, da kann es einen nicht wundern, wenn solche Kollegen sehr schwer für den Verband zu haben sind. Hier kurz die Antworten die man bekommt, wenn man ihnen fundentlang den Nutzen und die Vorteile der Organisation vor Augen geführt hat. Die einen legen: "Ich gehe doch nicht in die Fremde, ich brauche ja doch keine Unterstützung". Ist denn der Verband nur dafür da um Unterstützungen zu zahlen; und zahlt denn der Verband nur Unterstützung? Kann denn der Kollege auch nicht krank werden? Diese Ausreden bekommt man natürlich nur von solchen Kollegen zu hören, die nicht von Reuters Schoß fortkommen können. Andere sagen: "Es hat doch keinen Zweck, wir erreichen hier doch nichts!" Allerdings! Wenn die Kollegen in anderen Städten hinter auch so denken wollen, dann hätten auch sie nichts erreicht. Kann hier in Sippstadt nicht auch noch möglich sein, was in anderen Städten schon möglich war? Hoffentlich werden bei der Aussperrung der Bauhandwerker der indifferenten Kollegen des Holzwerkes wohl die Augen aufgegangen sein. Denn gerade so gut wie hier alle Arbeiter, ob organisiert oder nicht, ausgesperrt worden sind, so kann es auch ihnen ergehen. Einen Fehler begehen aber unsere Mitglieder vielfach selbst durch ihre Indifferenz. Haben wir doch manchmal Versammlungen, wo nur ein Drittel der Mitglieder anwesend sind, und die kommen, das sind jedes mal dieselben. So kann und darf das nicht weiter gehen, sonst werden wir niemals in Sippstadt zu einem Fortschritt kommen. Darum sei an alle Mitglieder der Appell gerichtet, die Versammlungen besser als bisher zu besuchen.

Udenhausen. Schon ist der Rhein mit seinen vielen Sehenswürdigkeiten, ganz besonders der Mittelrhein. Und unter diesen Sehenswürdigkeiten nimmt unser Städtchen einen der ersten Plätze ein. Mit Hinsicht auf die besonderen Vorteile, die unsere Stadt an Lage und Schönheit besitzt, sind die Verhältnisse der Arbeiter auszuheben. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse lassen auf verschiedenen Stellen alles zu wünschen übrig und als Seltenheit ist es nicht zu betrachten, wenn ein Kollege sich mit 28 Pfg. Stundenlohn begnügen muß. Zu erheben ist dessen haben die Kollegen die Befreiung dieser Verhältnisse als eine Notwendigkeit empfunden. Zu einer Versammlung, die am 10. April im Lokale des Hotel Hanns stattfand, waren die Kollegen zahlreich erschienen. Nachdem Kollege Janßen-Köln den Nutzen der Organisation für ein Dutzend vor Augen geführt hatte, war es jedem Anwesenden klar, daß ein Vorwärtsschritt der Arbeiterschaft nur durch einen solchen Zusammenhalt erzielt werden kann. So traten denn am Sonntag den 16. d. M., die Kollegen mit ihren nun erworbenen Mitgliedschein zu Tisch und Bestandes zusammen. Eingeleitet wurde diese Versammlung durch ein Referat des Kollegen Orth-Krausich. Dann wurde von den zahlreich erschienenen Kollegen der Verband gewählt, der gleich mit einem Disziplinar in Funktion trat. Der längere Part mehrere Zusätze beim und danach; jetzt ist's schon besser. Einmalig liegt es bei den Kollegen aber ist, daß sie jetzt auf den erzwungenen Verbesserungen nicht verzichten dürfen. Das Geld, welches der Arbeit bedarf, ist noch groß.

Geschicht Beglertes von Seiten der Kollegen, so wird der Erfolg nicht ausbleiben, der nur durch einen festen Zusammenschluß erreicht werden kann. Kollegen, nicht ermüden. Auf zur Agitation!

Gewerkschaftliches.

Es geht vorwärts!

Neues Leben, neuer Mut, ist in die Reihen unserer Kollegen eingezogen. Die aufsteigende Geschäftskonjunktur macht sich bemerkbar und überwunden sind die Begleiterscheinungen der Wirtschaftskrise. Der Kampf der Bauarbeiter rüttelt die gesamte Arbeiterschaft auf und erfüllt auch unsere Kollegenschaft mit neuer Tatkraft. Das zeigt sich in der Agitation. Nach den bisher vorliegenden Abrechnungen für das 1. Quartal ist die Zahl der Zahlstellen, die einen Mitgliederverlust hatten, nur gering. Geringer melden sich täglich Zahlstellen, die einen nennenswerten Zuwachs der Mitgliederzahl haben. Wir nennen nur: Sulda 15 Zunahmen, Regensburg 27, Cham 22, Stadthohnlohn 19, Salmünster 12, Düren 23, Kreuzburg 10, Cleve 101, Andernach 20, Ratibor 25, Laupheim 22, Allenstein 30, Köln 39, Augsburg 10, Weeze 15, M.-Gladbach 10, Mülheim-Ruhr 12, Dortmund 17, Papenburg 15. Zahlstellen, die weniger wie 10 Zunahmen aufweisen, haben eine ganze Anzahl abgerechnet. Wir befinden uns demnach auf der Bahn des agitatorischen Fortschritts. Noch nie war allerdings auch wohl die Zeit zur Agitation so günstig wie jetzt. Nutzen wir die Gelegenheit voll aus: Alle Marn an die Arbeit!

Mehr Adressenmaterial! Wer in der gewerkschaftlichen Kleinarbeit steht, der wird schon häufiger die Erfahrung gemacht haben, daß gar mancher indifferente Arbeiter für einen Bruderverband gewonnen, manche Zahlstelle schneller begründet, Vorteile erungen, Nachteile verhindert werden könnten, wenn die Adressen der Bezirks- und Lokalbeamten besser bekannt wären. Man denke sich folgendes Beispiel: Arbeiter wollen sich organisieren. Da sie die Adresse des Bezirksbeamten nicht kennen, wenden sie sich an die Verbandsleitung, die zufällig sehr weit entfernt ist. Die Verbandsleitung weist ihren Bezirksbeamten an, etwas in der betreffenden Gegend zu tun. Dieser ist augenblicklich nicht abkömmlich und überläßt nun die Sache dem Lokalbeamten, der ihn vertreten soll. Durch diesen Umweg ist es dazu gekommen, daß die Gegner inzwischen das Feld abgeräumt haben. Wäre es da nicht viel praktischer, auch die Adressen der Bezirks- und Lokalbeamten in den Jahrbüchern, im Zentralblatt, durch Plakate oder besondere Zettel zu veröffentlichen? Diese Adressen sind dabei auch eine Reflektoren für die Gewerkschaftsfrage. Sie ermöglichen in der Hauptsache aber eine bessere und schnellere Verbindung und sind ein praktisches Hilfsmittel für die agitatorische Kleinarbeit.

Materialsperrung und Arbeitskampf. Während auf der einen Seite die sogenannten friedlichen Lohnbewegungen immer mehr zunehmen, Lohnbewegungen, bei denen es gelingt, in den Interessengegenständen von Arbeitgebern und Arbeitern ohne Arbeitsniederlegung einen Ausgleich zu finden, zeigen doch auch oft die ausbrechenden Arbeitskämpfe gegen früher eine viel größere Schärfe. Das liegt in der Hauptsache daran, daß jetzt bei den Arbeitskämpfen oft Fragen von prinzipieller Bedeutung entschieden werden und auch daran, daß jetzt in die Arbeitskämpfe viel größere Massen von Arbeitgebern und Arbeitern einbezogen werden. Es werden nicht nur schärfere Mittel angewandt, sondern auch ganz neue. Ein derartiges neues Mittel ist die Materialsperrung. Bei einem Arbeitskämpfe müssen sich die Lieferanten verpflichten, nicht an solche Unternehmer zu liefern, die sich mit ihren Arbeitern geeinigt haben, die also ihre Betriebe nicht stillstellen lassen wollen. Dadurch werden auch Unternehmer und Arbeiter in die Arbeitskämpfe hineingezogen, die sich freiwillig nicht daran beteiligen wollen. Diese Methode der Beeinflussung der Arbeitskämpfe wird seit vier bis fünf Jahren versucht. Besonders traten die Bestrebungen auf Sperrungen des Materials beim Berliner Bäckereistreit im Jahre 1907 hervor. Damals kam in Berlin ein Beschluß zustande, monach den Bäckermeistern, die die Forderungen der Gesellen anerkannt hatten, die Lieferung von Hefe verweigert wurde und es entstand bei den nicht vom Streit betroffenen Berliner Bäckermeistern auch wirklich ein solcher Mangel an Hefe, daß bei ihnen die beliebtesten Sorten des Weißbrotes nicht gebaden werden konnten. Auch eine Materialsperrung war eingeleitet worden. Ebenso hatten die Berliner

Bauunternehmer schon beim letzten Arbeitskämpfe durchgesetzt, daß den Unternehmern, die sich nicht an der Aussperrung beteiligten, die Lieferung von Märtel unterbunden wurde. Diesmal aber wollen die an den Aussperrungen beteiligten Bauunternehmer die Materialsperrung in viel größerem Umfang durchführen. Ueberall, wo die Aussperrung durchgeführt ist, sollen die Lieferanten bei Boykottandrohungen für spätere Zeiten gezwungen werden, die Lieferung von Baumaterialien jeder Art an solche Unternehmer einzustellen, die sich nicht an der Aussperrung beteiligen.

Soziale Rundschau.

Die Konsumgenossenschaft Eintracht Köln-Mülheim hielt am Sonntag den 10. April in den Kolonialsälen in Köln ihre Halbjahres-Generalversammlung. Geschäftsführer Schladt erstattete den Halbjahresbericht vom 1. September 1909 bis 28. Februar 1910. Er führte aus: die allgemeine wirtschaftliche Lage habe eine Verbesserung erfahren, jedoch andererseits sei eine weitere erhebliche Steigerung der Lebensmittelpreise festzustellen. Die Lage der Konsumvereine sei dahin zu präzisieren, daß dieselbe augenblicklich wie nie zuvor bekämpft wurde. Im Herbst soll ein allgemeiner Mittelstandskongress stattfinden, der gegen die Konsumvereine Stellung nehmen soll. Demgegenüber würden die Konsumvereine nicht müßig sein, und ebenfalls der Deffektivität und den gesetzgebenden Faktoren näher treten. Der Rabattparverein Mülheim und der Verein gegen Unwesen im Handel und Gewerbe in Köln hat gegen unsere Genossenschaft einen Klageantrag bei der Staatsanwaltschaft eingereicht mit dem Antrag, uns das Lieferantengeschäft zu verbieten. Auch wir erkennen das Lieferantengeschäft nicht als Ideal an und hier drängen uns die Mittelstandsvereinigungen auf einen Weg, den wir bisher zu gehen vermahnt haben. Die Aufhebung des Lieferantengeschäftes wird für die Dauer zur Folge haben; daß wir unsere Aufmerksamkeit auch der Vermittlung von Schuß-Manufakturwaren u. s. w. zuwenden. Charakteristisch für diese Zeit des Kampfes ist es, daß unsere Genossenschaft nie zuvor einen solchen Aufschwung zu verzeichnen hatte als gerade jetzt. Die Mitgliederzahl vermehrte sich in diesem Halbjahre um 3227 und beträgt 16151. Verkaufsstellen wurden 10 eröffnet. Die Gesamtzahl beträgt 48. Die Konsumgenossenschaft Eintracht, Bonn und der Beamten-Konsumverein, Siegburg hat sich mit uns verschmolzen.

Der Umsatz im eigenen Geschäft betrug in den 6 Monaten 1754552,74 Mk. gegenüber demselben Zeitraum des Vorjahres 489975,14 Mk. mehr. Im Lieferantengeschäft betrug der Umsatz 824237 Mk. gegenüber dem Vorjahre ein Mehr von 58963 Mk. Das finanzielle Ergebnis ist ebenfalls ein sehr gutes. Nach Guthrift von 80/o Rückvergütung im eigene und 50/o im Lieferantengeschäft bleibt ein Ueberschuß von 20529,63 Mk. zur Ueberweisung an die Reserven übrig. Erwähnenswert ist ferner noch die Eröffnung unserer Bäckerei Anfang Februar. Während wir früher von fremden Bäckereien einen Brotumfang von monatlich 45000 Mk. hatten, beträgt derselbe jetzt 75000 Mk., ein Beweis für die Güte unseres Fabrikates. Desgleichen ist der Bau eines Zentralmagazins in Angriff genommen, welches hoffentlich vor dem Winter fertig gestellt wird. Im nächsten Jahre soll dann eine große Einweihungsfeier stattfinden. Der Bericht wurde mit Beifall angenommen. Ein Antrag, den Bauhandwerkern, welche jetzt ausgesperrt sind dadurch in Not geraten könnten, durch Beschluß von Rückvergütungen u. s. w. zu unterstützen, wurde angenommen.

Briefkasten.

R. V. Eine Lösung Kleesalz wird die gewünschte Wirkung hervorrufen. Kollege Emil Diebel, wird gebeten, seine Adresse der Zahlstelle Oberhausen mitzuteilen. H. E. Die Bauarbeiter haben den Beschluß gefaßt, während der Aussperrung der Alkoholenutzung zu meiden ist. Die Kollegen unseres Verbandes sich diesem Beispiele anschließen und die dadurch erzielte Wengerausgabe den kämpfenden Bauarbeitern zur Verfügung stellen, ist das nur zu begrüßen. Wir haben aber berechtigten Grund zur Annahme, daß der dadurch erzielte materielle Gewinn ein recht kleiner ist. Unsere Bauarbeiter haltens übrigens auch noch ohne solche Hilfe aus.

Mitteldeutsche Tischler-Zahlschule

Cöthen in Anhalt. Erste bis Zweite Klasse der Sprache u. Rechenlehre (Rechenlehre) und Schiffsbau. Prospekt frei durch die Direktion.

B. Kolscher's

Fachschule Detmold

für Tischler u. für gewerbliche Zeichen. Extrastraße, Rechts Grabenstraße. In 3 Monaten Ausbildung zum Werkmeister und Techniker. In 6 Monaten Ausbildung zum Zeichner und Buchhalter. Schulschuld 25 Mk. pro Monat. Kostenfreie Abschlussprüfungen. Eintritt jederzeit. Auskunft durch die Direktion. B. Kolscher.

Tischler-Fachschule

Wiesenburg a. Harz. Gebirgische Ausbildung als Werkmeister, Drechslermeister und Holzwerk. Programm frei. Direktor Reindling. Zum Selbststudium empfehle: Die „Stil- lehrer für Tischler“, 190 Seiten stark, gebunden Mk. 5. Zu beziehen von Direktor Reindling, Wiesenburg a. Harz.

Tischler-Fachschule Detmold

gegründet 1893. Stadt. Schulgebäude, Meister, Werkmeister, Zeichner, Große Hör- u. Zeichen-Säle. :: Programme frei :: Direktor Brecht.

Eingelegte Fourniere

für Nähtische, Schatullen, Zünnungen. Kastenbögen gegen 20 Pfg. in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungsbriefe. Carl Schiller, Ranzweiler, Heidelberg, Theaterstraße 7.

Süddeutsche

Schreiner-Fachschule

München. Erstklassige Lehranstalt. Riechweg 14. Hr. C. Kasper.

Zahlstelle Spaichingen.

Mehrere tüchtige Möbelschreiner auf furnierte Schlafzimmer gefertigt. Nähere Auskunft erteilt die Ortsverwaltung.

Tischler

findet angenehme bauernde Stellung und wechselungsreiche Arbeit auf bessere Möbel Familienanschluss. Sadberger Kunsttischlerei F. Schoppenhauer Sadbergen i. B. Erfahrene Möbelschreiner auf furnierte Arbeit gesucht. Werkstätten Bernard Stadler, Haderbach.